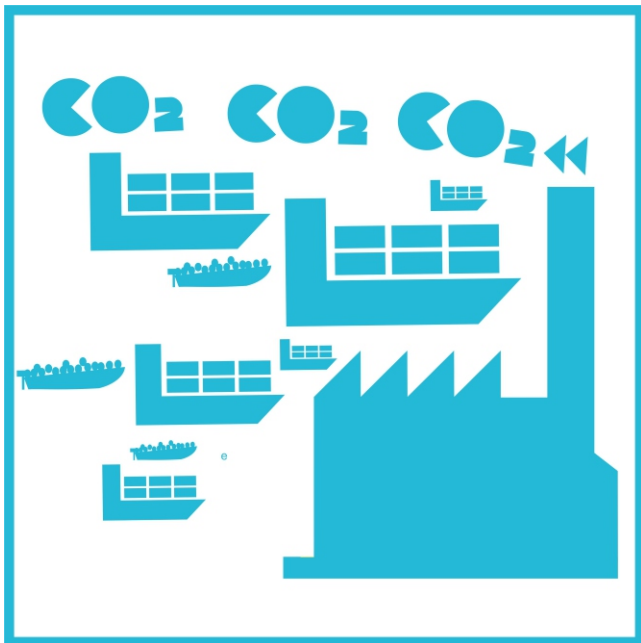


COP28: Warum Klimagerechtigkeit trotz aller Erfolge weiterhin klein geschrieben wird



„Das Beste kommt zum... Anfang!“ So könnte der Weltklimagipfel Ende 2023 mit Blick auf Klimagerechtigkeit zusammengefasst werden – zumindest, wenn wir uns für einen Moment einreden, dass der Fonds zum Ausgleich klimabedingter Verluste und Schäden im Globalen Süden ausschließlich positiv zu werten ist. Klar, er ist ein Teilerfolg aus Sicht der Länder des Globalen Südens, die so etwas seit drei Jahrzehnten gefordert hatten. Kurzfristig kann er sicherlich punktuell zu einer temporären Entlastung in vom Klimawandel betroffenen Gebieten führen. Langfristig zementiert er ungleiche Rollenzuschreibungen.

Ein Hilfsfond schafft keine echte Resilienz

Die Staaten des Globalen Südens müssen langfristig in die Lage versetzt werden, ihre Probleme selbst in den Griff zu bekommen. Letzteres wäre aber nicht nur viel teurer als erwähnter Fonds – es wäre ohne eine Abgabe von historisch gewachsener Macht auch nicht möglich. Genau das ist aber ein zentrales Versäumnis des Weltklimagipfels: Auch wenn die Signalwirkung des erstmaligen Bekenntnisses zu einer Abkehr aus der fossilen Energie nicht unterschätzt werden sollte, tangieren die in Dubai erzielten Ergebnisse nicht den Status quo, was die globale Mächtarchitektur angeht. Somit leisten sie auch keinen echten Beitrag zur Überwindung von Klim ungerechtigkeit, die Resultat kolonialer und anderer Umverteilungsprozesse ist. Da die dominierenden Kräfte ohne Emissionen, die ja ihre ökonomische Macht mitbegründeten, wohl nicht die dominierenden Kräfte geworden wären, wundert es nicht, dass es an Verbindlichkeit, einem klaren Fahrplan und an

Sanktionsmechanismen fehlt. Anders als etwa bei internationalen Handelsabkommen, wo Sanktionierungsmöglichkeiten sicherstellen, dass Beschlossenes eingehalten wird, kommt zumindest zeitweise der Verdacht auf, dass in Bereichen, die Menschenrechte oder die Umwelt betreffen, nicht wenige vollmundige Verkündigungen vor allem immer lauter werdende Kritiker*innen beruhigen sollen. Die mächtigen Staaten – seien es die frühindustriellen Staaten des „Westens“, die den Klimawandel historisch eingeleitet haben, seien es aufsteigende Länder, die in puncto Emissionen aufholen – können auch nach COP28 im Rahmen ihrer nationalen Politik jeweils für sich entscheiden, wie viel echte Klimapolitik sie sich leisten wollen.

Emissionen gerecht senken

„Historisch“ wäre die sofortige Senkung der absoluten globalen Emissionen gewesen. Im Sinne von Klimagerechtigkeit würde das heißen, dass zuerst der Globale Norden seine Emissionen herunterschrauben müsste, gefolgt von den Schwellenländern. Die meisten Länder des Globalen Südens müssten im Gegensatz dazu dabei unterstützt werden, eine möglichst klimafreundliche diversifizierte Ökonomie aufzubauen, die sie zunehmend resilienter gegen die Folgen des menschengemachten Klimawandels macht. Dies mit Verweis auf die planetaren Grenzen zu verneinen wäre nicht nur ignorant, sondern im Ergebnis neokolonial.

(Beitrag entstand als Vorüberlegung für ein Radio-Interview im Dezember 2023. Inhaltliche Verantwortung und Grafik: Serge Palasie | Eine Welt Netz NRW. Erläuterung zu den Behelfsbegriffen Globaler Norden und Süden: Sie ersetzen die Begriffe Industrie- bzw. „Entwicklungs“länder. Kolonialhistorische Zusammenhänge der Entstehung beider Länderkategorien gehen aus diesen Begriffen nicht hervor. „Entwicklungs“länder: Das „Entwicklungs“-Konzept ist problematisch, da es regelmäßig soziale und ökologische Kosten von Wirtschaftswachstum ausblendet.)